

München, den 25.03.2021

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter

**Wohnungsvermittlung wohnungsloser/bleibeberechtigter Münchner\*innen  
verbessern**

**Für Familien mit Kindern, die immer längeren (teuren) Unterkunftsaufenthalte  
beenden**

**Antrag**

1. Die aktuelle Vermittlungsquotenregelung des Sozialreferats/Amt für Wohnen und Migration in den Belegrechtswohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG

50% für städtische Dienstkräfte

20% für wohnungslose Haushalte

15% für die Wohnungsuchenden von Registrierung und Vergabe

15% für die Belegung durch GWG und GEWOFAG

wird überarbeitet.

Dabei sollen folgende Zielsetzungen zugrunde liegen:

- weniger Absagen durch städtische Dienstkräfte. Hierbei ist insbesondere das POR sowie der GPR mit einzubeziehen.
- Eine Verbesserung der Vermittlung insbesondere wohnungsloser Haushalte mit Kindern
- Eine Vergabe, die sich an der Wohnfähigkeit einzelner Haushalte sowie deren sozialer Integration orientiert.

Dabei sollte als Verteilungsquote ins Auge gefasst werden:

45% für städtische Dienstkräfte

30% für wohnungslose Haushalte

15% für Wohnungssuchende von Registrierung und Vergabe

10% für die Belegung durch GWG und GEWOFAG

2. Um die ansteigende Zahl von Kindern aus dem überlasteten und teuren Wohnungslosensystem zu bringen, werden jährlich 50 Familien aus Unterkünften und Flexiheimen in 3- und 4-Zimmerwohnungen der Sozial- und Belegrechtswohnungen vermittelt. Zusätzlich bekommen 10 Familien jährlich entsprechend große Wohnungen angeboten.

3. Um eine Direktbelegung eines Haushaltes aus dem Wohnungslosensystem zu ermöglichen, ist sicher zu stellen, dass die Haushalte für eigenständiges Wohnen vorbereitet sind.

Hierzu wird ein Konzept erarbeitet, um die Haushalte auf eigenständiges Wohnen besser vorzubereiten. Die Vorbereitung muss als Bestandteil der sozialpädagogischen Betreuung verstärkt werden und auch eine nachsorgende Begleitung von mindestens einem Jahr in der neuen Wohnsituation beinhalten.

4. Um mehr direkte Vergabemöglichkeiten zu bekommen, wird ein der bisherigen KomPro-B-Konzeption ähnliches Wohnprogramm in Zusammenarbeit mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung neu aufgelegt, das ggfs. auch in Neubaugebieten zum Tragen kommt.

### **Begründung:**

Seit 2010 sind 14.000 neue Sozial- bzw. EOF-Wohnungen gebaut worden. Genau so viele – 14.000 -sind jedoch aus der Sozialbindung gefallen. So dass trotz Bevölkerungswachstum und dem großen Schwund an bezahlbaren Wohnungen durch die exorbitante Mietpreisentwicklung es seit zehn Jahren bei nicht mehr als **34.000 Sozialwohnungen** geblieben ist.

Gestiegen sind jedoch die Belegrechtswohnungen, Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die aus der Sozialbindung heraus gefallen sind, aber als Eingriffsreserve dem Amt für Wohnen und Migration weiter zur Verfügung stehen. Diese sind seit 2010 um 12.000 Wohnungen auf inzwischen **42.000 Wohnungen** angewachsen. Sie bilden inzwischen das Hauptkontingent der Eingriffsreserve.

Während bei den Sozialwohnungen in Bindung ca. 40% wohnungslose Haushalte bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte im Rahmen der Fluktuation vermittelt werden, sind es bei Belegrechtswohnungen nur 20%. Um das seit 2010 extrem angewachsene und auf hohem Niveau stagnierende Sofortunterbringungssystem (Verdreifachung) zu entlasten, muss die Vermittlungsquote der ehemaligen Sozialwohnungen – jetzt Belegrechtswohnungen – zumindest für einige Jahre angehoben werden. Das Anwachsen der Verweildauer zeigt den sozialpolitischen Handlungsbedarf.

Besonderen Handlungsbedarf gibt es vor allem bei Familien. Deren Verweildauer wird um so länger je mehr Kinder im Haushalt sind. Inzwischen sind wir bei den Minderjährigen bei einem Allzeithoch von 1770 (Ende 2020). Die Unterbringung dieser Familien kostet zwischen 50.000 und 100.000 € im Jahr. 60 Familien ergeben ergo bei einem Aufenthalt von bis zu 5 Jahren ca. 15 Millionen €. Dazu kommen noch die Entwicklungsdefizite der Kinder, die später kaum noch aufzuholen sind.

Die Aktion könnte nach derzeitigem Stand 300 Menschen in Familien zu einem Mietvertrag verhelfen und das Wohnungslosensystem stark entlasten.

<b>Fraktion Die Grünen – Rosa Liste</b>	<b>SPD/Volt – Fraktion</b>
Initiative:	
Bernd Schreyer	Christian Müller
Clara Nitsche	Anne Hübner
Anja Berger	Roland Hefter
Sofie Langmeier	Christian Köning
Nimet Gökmenoğlu	Cumali Naz
Marion Lüttig	

Mitglieder des Stadtrates

Mitglieder des Stadtrates